

Der Grundstein.

Wochenblatt für die deutschen Maurer und diesen verwandte Berufsgenossen.
Offizielles Publikationsorgan der Maurer Deutschlands.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Stanning in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1. — ohne Bestellgeld, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40.
Anzeigen die dreispaltige Beilage oder deren Raum 15 G. — Postkatalog Nr. 2565.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Rürstienplatz Nr. 2, erste Etage.

Inhalt: Die Abschaffung der Akkordarbeit in Hamburg. — Wirtschaftlich-soziale Rundschau. Die wahre Sparbarkeit des Arbeiters. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Der 23. Jahreskongress der englischen Gewerksvereine. Aus Oesterreich. Gewerksverein oder Fachverein? Zur Frage der gewerkschaftlichen Neuorganisation. Gewerkschafts-Konferenz. — Einzug. — Situationsberichte. — Gerichts-Chronik. — Verbots-Chronik. — Unfall-Statistik. — Briefkasten.

Die Abschaffung der Akkordarbeit in Hamburg.

Im Juni 1888 faßte die hiesige Innung „Bauhütte“ den Beschluß, eine Kommission zu ernennen mit dem Mandat:

„Die Feststellung der Wünsche und Beratung der erforderlichen Schritte zur Abwehr der abnormen Forderungen seitens der Akkordarbeiter durch durchzuführen und Vorschläge zur Abstellung zu unterbreiten.

Am 9. August desselben Jahres erstattete diese Kommission der Innung Bericht. Darin hieß es:

„Allgemein war in der Kommission die Ansicht vorherrschend, daß die dem Baugewerbe gegenüber leider so geringe Mittelbezahlung der Innungen Faktor mit ist, den Bestrebungen derselben zu wenig Nachdruck verleihen zu können, daß auch hierin mit ein Grund gefunden wurde, dem jetzt alle Drönung sprengenden Akkordsystem zu solch ungeheurer Ausdehnung zu verhelfen, so daß gerade in dem Akkord der erste mächtige Hebel der Arbeiterbewegung zu sehen ist, um Alles, Alles vom Arbeitgeber bewilligt zu erhalten. Um nur Einiges anzuführen, wird die Arbeit in Akkord qualitativ nicht geachtet, hindert nur auf großes Quantum hingearbeitet. Der Arbeiter, selbst derjenige, welcher gerne lernen will, muß zur möglichst viel arbeitenden Maschine werden, soll er nach heutigen Ansichten mit seinen Kollegen in Reihe und Glied stehen können; hierzu gehört ferner die ohne Zustimmung des Arbeitgebers zur Unannehmlichkeit der Selbstergänzung resp. Ausstufung der Arbeiter gegenüber dem Verlangen der Gleichberechtigung bei Tagelohnarbeit etc. Jedweder fester Lohn, Arbeits- oder Herstellungswert ist bei Akkordarbeit illusorisch, und kam die Kommission, um diesen unheilbaren Zustand aufzuheben und wieder feste Löhne in Hamburg herzustellen sowie den Uebertheuerungen und dem maßlosen Benehmen der Arbeitnehmer ein unbedingtes Halt entgegenzusetzen, zu folgendem Beschluß, welcher als Paragraf im Innungsstatut aufzunehmen wäre: Jedes Innungsmitglied verpflichtet sich, seine Akkordarbeit zu bewilligen.“

Der ganze Plan der Innung war darauf angelegt, die Gesellschaft zu überumpeln. Die Innungsversammlung verpflichtete sich auf Vorschlag der Kommission: zur Geheimhaltung ihrer Beschlüsse, „um schädigende Arbeiterunruhen von der Innung fernzuhalten“. Nichtsdestoweniger waren wir in der Lage, den ganzen Plan im Wortlaute des Kommissionsberichtes unseren Lesern mittheilen zu können (siehe Nummer 8 und 9 unseres Blattes, Jahrgang 1888).

Wir haben damals der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die Innung besser gethan haben würde, behufs Schaffung einer Grundlage für die Vereinbarung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, sich offen und ehrlich an die Gesellen-Organisation zu wenden, statt den durch unsere Mittheilung des Planes allerdings vermittelten Versuch zu machen, die Gesellschaft vor ein „Entweder-oder“ zu stellen.

Speziell im Punkte der Akkordarbeit würde die Innung sicher ein Entgegenkommen der Gesellschaft erfahren haben. Dieselbe hat oft genug ihre Bereitwilligkeit erklärt, an die Stelle des Akkordsystems das Zeitlohnsystem treten zu lassen.

Die Innung erfuhr wegen ihrer Stellungnahme gegen die Akkordarbeit lebhafteste Angriffe

aus Unternehmerkreisen, so besonders seitens des „Baugewerks-Zeitungs“-Redakteurs Felsch, der die Ansicht verfocht: die Abschaffung der Akkordarbeit sei widersinnig und geradezu dem gesunden Menschenverstande widersprechend.

Wohl hauptsächlich infolge unserer Veröffentlichung des geheimen Planes der Innung nahm dieselbe von seiner Verwirklichung vorläufig Abstand, bis zu „gelegener Zeit“. Und diese Zeit scheint ihr jetzt gekommen. In dem in Nummer 30 unserer Blattes vom 26. Juli d. J. mitgetheilten sogenannten „Vier-Städte-Vertrag“, den die hiesige Baugewerks-Innung mit dem Bund der Maurer- und Zimmermeister hier und den Baugewerks-Innungen zu Altona, Ottenen und Wandersbeck abgeschlossen hat, bestimmt der § 5: „Das Akkordarbeiten soll bekämpft werden und ist die gänzliche Beseitigung desselben herbeizuführen.“

Schon in unserer Besprechung des erst erwähnten Planes vom Jahre 1888 hatten wir der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die Innung es mit der Abschaffung der Akkordarbeit nicht ehrlich meine, daß sie vielmehr lediglich die Absicht habe, einen „Coup de main“, einen Handstreich, gegen die Gesellschaft zu führen: die Akkordarbeit für einige Zeit aufzugeben, um ein allgemeines Drücken des Arbeitslohnes überhaupt vornehmen zu können. Auf diese Absicht ließ schon die Stelle des Kommissionsberichtes schließen, wo es heißt, daß man „den Uebertheuerungen und dem maßlosen Benehmen der Arbeiter ein unbedingtes Halt entgegenstellen“ müsse.

Nunmehr finden wir in einem Artikel in Nummer 70 der „Baugewerks-Zeitung“ über „Hamburgische Arbeiterverhältnisse und die Abschaffung der Akkordarbeit“ den Beweis, daß wir uns nicht getrrt und die Absicht der Innung von vornherein richtig erkannt haben.

Die „Baugewerks-Zeitung“ beginnt mit der albernen Erklärung, daß die „verständige“ Volkswirtschaft, im Gegensatz der Sozialdemokratie (welche die Akkordarbeit als Notharbeit bezeichne und gleichen Lohn für Alle verlange, bei „möglichst wenig Arbeit“ um Arbeitermangel zu erzeugen) und „künstlich die Löhne in die Höhe zu treiben“, die Bezahlung nach der Leistung fordere. Dann fährt sie fort:

„Bei den großen Streiks in Hamburg, welche erst seit ganz kurzer Zeit durch völliges Unterliegen der freitenden Arbeiter ihr Ende erreicht haben, sind nun mancherlei merkwürdige Erscheinungen zu Tage getreten, welche auf den ersten Anblick frappiren können. — So haben die dortigen Bauarbeiter beschlossen, die Akkordarbeit aufzugeben und nur im Tagelohn arbeiten zu lassen. Sie behaupten, die Akkordarbeit bedürft nicht den Fleiß, sondern die Faulheit, sie demokratisch, sie hebe jede Autorität auf und schaffe eine trasse Theilung der Arbeit, welche es schließlich dahin bringen werde, daß gute Bauarbeiter, welche an jede gewöhnliche Bauarbeit gestellt werden können, garnicht mehr zu haben sind, sondern nur Spezialisten, wie Kupfer, Glaser, Treppnarbeiter usw. Endlich wird noch als ein großer Mangel der Akkordarbeit angesehen, daß die darin beschäftigten Arbeiter nicht verständig, d. h. nicht von einer Arbeit an die andere gestellt werden können.“

Alle diese Gründe haben entzweifelnd etwas für sich, aber hauptsächlich an solchen Orten, in welchen Us n a h e z u n d e () herrschen. Und das ist bekanntlich in Hamburg in ganz hervorragender Weise der Fall und zwar schon seit der Zeit, wo die gewaltigen Freihafenbauten begannen haben. Die Sozialdemokraten und Fachvereiner haben dort — oder hatten dort — die Oberhand. Die Autorität des Meisters und Arbeitgebers ist zum guten Theil in Hamburg verloren und soll erst wieder erkämpft werden. (11) Der Meister war gut zum Bezahlen und zwar zum hohen und übermäßigen Bezahlen; alle weitere Thätigkeit aber wurde von den Gesellen schon mit mißgünstigen Augen angesehen. An-

ordnungen der Meister anzunehmen, hatten die Fachvereiner schon längst für eine menschenwürdige Unterbrückung. (11) Der Meister durfte nur selten auf dem Bau erscheinen, weil die Selbstständigkeit der Herren Gesellen darunter leiden könnte. Andere Väter brauchen hierüber nicht zu lachen (Aber unsere Väter werden recht herzlich darüber lachen! Neb. des „Grundstein“); die Verhältnisse sind thatsächlich so oder sind dort wenigstens so gewesen und bessern sich erst jetzt wieder, wo die sozialdemokratischen Fachvereiner durch die Agitation für den 1. Mai und den selbst inszenirten Streik (11) ausnahmslos alle und jede Sympathie erregt (11) und einen vielmönatigen Streik verloren haben.

Unter solchen Ausnahmeständen können auch besondere Maßnahmen, wie z. B. die Abschaffung der Akkordarbeit ist, wohl am Platze sein. Die Maurergesellen haben in der Akkordarbeit bei den Hafenbauten M. 6—12 Ueberlohn den Tag, d. h. M. 12—20 den Tag verdient und das ist unerhört. Der Unternehmer durfte garnicht wagen, wegen des Stillestehens zu handeln, noch weniger stand ihm zu, die schlechte Arbeit zu tabellieren. Wolke er das trotz allen Grundes, welchen er da hatte, so wurde seine Arbeit gekippt, vom Fachvereiner die Besime über ihn verhängt. So arbeitete die Schicht ohne Ende Tag für Tag, indem sie die gewöhnliche Arbeit ungläublich theuer machte und dabei die Autorität der Meister zu einem Schatten herabstufen ließ. Unter solchen ungesunden Verhältnissen beschloffen die Hamburger Bauarbeiter die Aufhebung der Akkordarbeit. Denn um Akkordarbeit nicht zu toleriren und dabei doch gut ausführen zu lassen, dazu gehört das volle Ansehen des Arbeitgebers. Ein Arbeitgeber, welcher mit den Gesellen nicht über den Preis einer Arbeit verhandeln oder ein schlechtes Nachwerk nicht tabellieren darf, soll die Arbeit überhaupt nicht in Stücklohn vergeben, ein solcher Meister thut besser, nur Gesellen in Tagelohn anzunehmen und sei derselbe auch ungemöhnlich hoch, er wird dann wenigstens Aussicht auf gute Arbeit haben und ein gewisses Verfügungsrecht über die von ihm bezahlten Arbeitskräfte behalten.“

Schließlich faßt das Meisterorgan, welches sich offenbar auf ihre von hier gewordene Information stützt, sein Urtheil dahin zusammen: „Die Hamburger Bauarbeiter sind also im eigenen Interesse zur Abschaffung der Akkordarbeit gebrängt worden, und haben dafür berücht, den Klassenlohn einzuführen, d. h. sie haben die richtige Arbeitskraft besser, die geringe schlechter bezahlt. Freilich ist es unter den obwaltenden Verhältnissen auch in den meisten Fällen beim Voratz geblieben. Wo die Fachvereine mit ihrer Tyrannei herrschen, da schwindet jede gesunde Volkswirtschaft.“

Sind in Hamburg die Verhältnisse wieder normale geworden, so werden auch die dortigen Bauarbeiter wieder zur Akkordarbeit, d. h. zur Bezahlung nach Leistung zurückkehren.“

Mit diesen Auslassungen des Meisterorgans ist wohl jeder Zweifel ob der wirklichen Absicht, welche die hiesige Innung bei der „Bekämpfung“ und „Abschaffung“ der Akkordarbeit leitet, gründlich beseitigt. Diese Absicht geht dahin, den Lohn im Allgemeinen herabzubrüden und damit zugleich die Arbeiter der „Autorität“, d. h. der Willkür der Unternehmer zu unterwerfen.

Die „Baugewerks-Zeitung“, resp. ihr hiesiger Hintermann, hat da in recht unvorsichtiger Weise das „Geheimniß“ der Innung der weitesten Öffentlichkeit verrathen.

Die Arbeiterchaft der hiesigen Baugewerks weiß jetzt, wie sie daran ist und wird danach ihre Maßregeln treffen können. Vor zwei Jahren gaben wir ihr den Rath, die Baugewerks-Innung sofort beim Worte zu nehmen. Wir sagten da unter Anderem in Nummer 9 unseres Blattes vom 25. August 1888:

„Aufgabe des Fachvereins dürfte es zunächst sein, die nunmehr in der Innung selbst angeregte Frage der Abschaffung der Akkordarbeit ihrer Entscheidung entgegenzuführen. Die Gelegenheit dazu ist die denkbar günstigste. Also frisch an's Werk! „Die Akkordarbeit soll beseitigt werden.“ sagt die Innungs-Kommission. „Woblan, es geschehe“, hat die Gesellen-Organisation zu antworten.“

Aber die Gesellschaft glaubte damals, eine abwartende Stellung einnehmen zu sollen — und das war ein großer Fehler, wie sich jetzt deutlich genug zeigt.

Wirtschaftlich-soziale Rundschau.

Der Generalrat der Arbeiterpartei Belgiens hat ein Programm aufgestellt, das hinsichtlich des gesetzlichen Arbeiterrechtes folgende Forderungen enthält.

Arbeiterbewegung in England. Vertreter von über 220 000 Arbeitern in Verbindung mit etlichen radikalen Sozialpolitikern Englands und Schottlands haben in London die Bildung einer Art Achtstündigen beschlossen.

Nach deutschen Muster wollen jetzt auch die australischen Arbeiter die Arbeiter bekämpfen. Aus Sydney wird gemeldet, daß dort eine von der Vereinigung der Unternehmer von New-Südwales und den Schiffsbekannern herauf Besetzung der Unternehmer aller Gewerbe abgelehnt wurde.

Die sittliche Entrüstung der australischen Unternehmer über die Anwendung des Boykotts durch die Arbeiter, welches Verfahren sie selbst längst gegenüber militärischen Arbeitern ausgesetzt haben, macht einen recht komischen Eindruck.

Folgen unserer wirtschaftlichen „Ordnung“. Aus London wird berichtet: „Einem parlamentarischen Ausschusse zufolge sind im verflochtenen Jahre in London, der reichsten Stadt der Welt, 27 Personen buchstäblich verhungert.

Die wahre Sparsamkeit des Arbeiters.

In der Zeitschrift „Der achtstündige Arbeitstag“ berichtet sich P. Argryades Paris über die Arbeiterzeit. Er erklärt: Wenn die Arbeiterpartei in Frankreich eine internationale Arbeiterschutzgesetzgebung und die Festlegung des Arbeitszuges auf acht Stunden verlange, so thue sie dies wahrlich nicht vom „revolutionären“ Standpunkte aus und verleihe darunter auch keine Deformation für die künftige Gesellschaft.

Der Verfasser erinnert an die Erklärung, die im Jahre 1867 der Genfer Kongreß der Internationalen abgab.

Die Vorbedingung aller Verbesserungsversuche, ohne welche letztere mißlingen würden, ist die Befreiung der Arbeiterzeit. Diese Befreiung soll die Befreiung und Adreptabilität der Arbeiter hängen und ihnen die Möglichkeit gewähren, sich intellektuell mit Würdigung auf die sozialen Verhältnisse und die politische Wirksamkeit zu entwickeln.

Jedermann weiß heute, daß übermäßige Arbeit das

Nerven- und Muskelsystem und schließlich die Kraft selbst erschöpft, was gleichbedeutend ist mit Mürbheit und am Ende sogar mit der Zerstörung des Körpers des Arbeiters.

Am Beweis erinnern wir bloß an folgende Thaten: Als die niederträchtigen Ausbeuter der Regier in größeren Maßstab aus dem Baumwollenerport herauszulassen wollten, trieben sie die Ueberanforderung ihrer Schladen dract auf die Spitze, daß der Verbrauch eines Regerebens während sieben Jahren Arbeit zum integrierenden Bestandteil eines fastbittig berechneten Systems wurde.

Doch wir wollen uns die ökonomischen Folgen des Uebermaßes von Arbeit ansehen, wie es heute in Frankreich sich zeigt: Man hat so viel geklagt über den Frohndienst des alten Regimes! Die Mehrarbeit jedoch, welche heute der Arbeiter dem Kapitalisten liefert, übersteigt um Vieles den früheren Frohndienst: nur ersieht dies- demjenigen nicht so deutlich, welcher nicht näher darüber nachdenkt.

Der Bauer unter dem alten Regime z. B., welcher höchstens zwei Tage in der Woche für seinen Herrn arbeiten mußte, befand sich in besserer Lage, als der heutige Lohnarbeiter, weil, wenn nach der Statistik fünf Stunden Arbeit für den Arbeiter genügen, um sich alle Nöthige für seinen Lebensunterhalt zu verschaffen, bei zwölfstündiger Arbeitszeit sieben Stunden Mehrarbeit dem Arbeitsherrn zufallen, d. h. der moderne Lohnarbeiter leistet täglich sieben Stunden Frohndienst. Und da gibt es Menschen, welche das alte Regime brandmarken, aber sich empören, sobald man ihnen von Arbeiterforderungen spricht. Wie stumpsinnig ist doch die menschliche Vernunft!

Je mehr der Lohnarbeiter heute arbeitet, um so schlimmer gestaltet er seine Lage, weil übermäßige Arbeit auch Ueberproduktion führt und Letztere viele arbeitslos macht und dem Geld anheimfallen läßt. Aber, wenden die Bourgeois ein, wird die Arbeitszeit verringert, so ist die Folge davon eine Reduktion der Löhne. Dies ist durchaus falsch, denn da, wo zwei Arbeiter beschäftigt werden, welche zusammen 24 Stunden im Tag Arbeit leisten, wird man, beim Maximalarbeitstag von acht Stunden drei Arbeiter beschäftigen und dadurch wird das Arbeitsangebot gesteigert, die Arbeitsnachfrage seitens der Arbeiter dagegen vermindert.

Es ist das übrigens in England, wo die Arbeitslöhne um 20 bis 30 p. h. höher sind als in Frankreich, unbefreitbar festgestellt. Nichtsdestoweniger arbeitet in Frankreich der Arbeiter zwölf Stunden täglich und selbst noch mehr.

Aber man muß nicht glauben, die Reduktion der Arbeitszeit sei vollständig zum Nachtheil des Arbeitsherrn. Die Erfahrung hat bewiesen, daß der Arbeiter um so produktiver ist, je mehr er sich erholen kann. In Wirklichkeit kann der regelmäßig Arbeitende in zehn Stunden das nämliche Arbeitsquantum hervorbringen wie in zwölf Stunden. In England hat das Achtstündige den Unternehmern mehr genützt als den Arbeitern.

Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Immerwährender Weisheit im Gewerksamerbericht. Herr Felsch scheint an dem Manne Ernst Brandt in Hannover einen geliebten Schüler zu haben. Dieser Herr Brandt ist Vorsitzender der II. Abteilung (Handwerk) der Gewerksammer des Regierungsbezirks Hannover. In seinem Jahresbericht für 1889 wird Klage geführt über die stets wachsende Streikzeit der Bauarbeiter, „Herabminderung der Tagesarbeitszeit, Einführung gleicher Lohnsätze für alle Facharbeiter in gleichartigen Geschäftsbetrieben ohne Rücksicht auf Fähigkeit und Fleiß der einzelnen Gewerbegehilfen, sehr kurze Normalarbeitsstage und dabei sehr hohe Minimallöhne sind die fast immer gleichen Forderungen des Streikmittels. Die vorstehenden Geschäftsinhaber werden durch diese mißlichen Verhältnisse bereits von der Uebernahme größerer Arbeitsobjekte abgehalten.“ (!?) Sodann wird über die seitens der Behörden durchweg zu knapp bemessenen Ueberweisungsfristen geklagt. Wäre das Gegenteil der Fall, so würde den Streikmitteln die Gelegenheit genommen, „unthätig Streits herbeizuführen.“ — Als ein weiteres Uebel wird die legitimationslose Freizügigkeit der Arbeiter angesehen und der Wunsch auf gesetzliche Einführung von Arbeitsbüchern für alle Arbeiter ausgesprochen. Daraus würde sich eine Aenderung des § 122 der G.-O., betr. das Kündigungsverhältnis, ergeben. „Dadurch, daß der Arbeitnehmer sich jederzeit ohne vorherige Kündigung, nöthigenfalls durch Ortsveränderung, seiner übernommenen Pflicht entziehen kann, bringt er den Arbeitgeber, namentlich in kleineren Handwerksbetrieben, meistens mehrere Tage, auch wohl Wochen lang in Verlegenheit.“ Als besonders schädlich werden die, im Geheimen betriebenen „Aufschieberkassen“ (!!) verzeichnet. Gegen solche Agitatoren stehen die Arbeitgeber machtlos da. Es wird daher gewünscht, das Sozialistengesetz zu verschärfen (!!) und den Vertragsbruch der Arbeitnehmer mit Strafe zu belegen. Nur nach Bewirkung der in Aussicht genommenen gewerblichen Einigungsämtern hoffen zu dürfen. Der Beschäftigtennachweis wird für die inunsmäßig betriebenen Handwerke verlangt. Von der Innungsabteilung wird gesagt, daß sie noch viel zu wünschen übrig lasse, weil die in Aussicht gestellten Vorrechte nur schwer und nur unter Vorbehalt zu erlangen seien. Für die Innungsstrafen lassen wird der Zwang der Angehörigkeit aller Innungsangehörigen verlangt.

Ueber die tendenziösen Auslassungen, betreffend die Streiks, wundert wir uns nicht, wohl aber über die großartige Unverfrorenheit, die Verfertigung des von der Regierung gänzlich aufgegebenen Sozialistengesetzes zu fordern. Wissen denn die Herren Brauns und Genossen nicht, was im deutschen Reich vorgeht?

Die Leipziger Gewerkschaften haben am 27. August in öffentlicher Versammlung die geplante Kartellkommission konstituiert.

Der Maurer Jakob erläuterte die Aufgaben des „Gewerkschaftsartikels“ — der Ausbruch „Kartellkommission“ wurde in der gesammelten Debatte vermieden — und schlug vor, zur Vermeidung von Konflikten mit dem Vereinsgesetz einen Vertrauensmann aus der Mitte der Delegirten zu wählen, der bei laufenden Arbeiten zu erleben und bei wichtigen Betanlassungen die Delegirten zusammen zu berufen habe. Der Vorschlag wurde angenommen und Jakob zum Vertrauensmann gewählt.

Beschlossen wurde folgende Resolution: „Veranlaßt durch die Verträge der Unternehmer, die Arbeitervereinigungen zu unterdrücken, ist es unbedingt nöthig, daß die Arbeiter künftig zur Eringung einer besseren Lebenslage immer gemeinschaftlich handeln, um die Angriffe der Unternehmer energisch zurückzuweisen und jeder gerechten Forderung der Arbeiter mehr Nachdruck verschaffen zu können.“ Das soll erreicht werden: 1. durch gemeinschaftliches Wirken des Gewerkschaftsartikels für die Interessen der Arbeiter; 2. durch regelmäßige Ueberwachung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse; 3. durch Rechtsbehelfe und Gewährung von Rechtschutz, namentlich unter Verhinderung der Arbeiter-Verpflichtungsgesetze; 4. durch statische Erhebungen über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter jedes Gewerkes.“ Die statischen Erhebungen sollen in jeder Gewerkschaft einzeln vorgenommen und dem Gewerkschaftsartikel zur Zusammenstellung überwiehen werden. Ferner wurde beschlossen: Arbeitseinstellungen dürfen nur mit Genehmigung des Kartells unternommen werden. Dabei ist zu beachten, daß mehrere Arbeitseinstellungen zu gleicher Zeit möglichst zu vermeiden sind. Geplante Lohnbewegungen sind mindestens vier Wochen vorher dem Vertrauensmann mitzutheilen, mit Ausnahme solcher, welche sich von selbst aus den Verhältnissen pöthlich ergeben. In diesem Falle ist der sofort in Kenntniß zu setzende Vertrauensmann verpflichtet, sofort eine Versammlung der Delegirten einzuberufen. Nicht genehmigte Streiks dürfen nicht unternommen werden. Jedes Gewerk ist verpflichtet, zu allen Kosten für Streiks und Agitationszwecke beizutragen. Ueber die eintretenden Gelder wird das Kartell nach bestem Ermessen verfügen. Streikenden Gewerkschaften ist es nicht gestattet, selbst Sammelstellen an andere Orte zu senden, da hierdurch die Ueberlieferung der aufzubringenden Mittel verloren geht. Bei Arbeitseinstellungen ist das Augenmerk darauf zu richten, daß die Streikenden möglichst bald den Ort verlassen. Die Delegirten verpflichten sich, für Aufbringung der Mittel zur Unterstützung und Agitation zu wirken.“

Es wurde auch beschlossen, die Streikunterstützung auf zwei Drittel des vorkünftigen Tageslohes festzusetzen. Die Ansichten hierüber gingen aber hierbei wegen der in einzelnen Gewerkschaften schon getroffenen anders lautenden Bestimmungen derart auseinander, daß man diesen Punkt erst in der nächsten Versammlung zu regeln beschloß.

Ueber den Innungsverband deutscher Baugewerksmeister theilt die „Baugewerks-Zeitung“ mit, daß derselbe bis jetzt 283 Bauminnungen mit 6081 Mitgliedern umfaßt. Außerdem sind 24 Innungen mit 246 Mitgliedern dem Innungsverbande noch nicht beigetreten, desw. aufgenommen, 14 Baugewerksvereine mit 216 Mitgliedern sind noch nicht in Innungen umgewandelt. Die Gesamtsumme aller Mitglieder des Innungsverbandes und des Verbandes deutscher Baugewerksmeister beträgt mithin 6543. — Die Zahl aller Baugewerks-Unternehmer im deutschen Reich beläuft sich ausweislich der Unfallversicherungs-Organisation auf nahezu 96 000. Und davon gehören ganze 5543, d. i. etwa der dreizehnte Theil, dem Innungsverbande deutscher Baugewerksmeister an!

Ueber diese kleine Bruchtheil geriet sich als Repräsentant des Handwerks!

Arbeiterklub. Das Arbeitsnachweisbureau des Innungsverbandes „Bauplätze an der Untersee“ hat, wie uns aus Bremerhaven mitgetheilt wird, an das Arbeitsnachweisbureau der hiesigen Innung „Bauplätze“ die Nachricht gelangen lassen, daß dort ein ziemlicher Zug von Maurern sei, so daß dieselben nicht alle angestellt werden können und man sich deshalb die Aufgabe erlaube, ob man welche „nach Hamburg“ senden könne.“ Es ist dies ein neuer Beweis, daß die Innungen sich bemühen, das Arbeiterangebot „zu reguliren“. Für die Arbeiter aber möge es eine neue Mahnung sein, mit aller Entschiedenheit dem Arbeitsnachweis des Unternehmertums entgegen zu wirken.

Eine Versammlung sämtlicher Gewerkschaften von Berlin war am Mittwoch Abend nach dem Kongresshaus, Sanssouci, Kottbuser Straße 4, berufen worden, um Stellung zu der Abhaltung eines Kongresses der deutschen Gewerkschaften zu nehmen und die Beschlüsse der Berliner Streik-Kontrollkommission zu sanktioniren. Trotz der wichtigen Tagesordnung war die Versammlung nur mäßig besetzt. Schloffer Gerlich hielt das Referat; er erklärte, daß die Innung für den Kongreß von den Vertrauensmännern der Metallarbeiter ausgegangen sei, die denselben im Anschluß an den Sozialistenkongreß in Halle tagen lassen wollten. Zweck des Kongresses solle hauptsächlich sein, den verbündeten Unternehmern starke Arbeitervereinigungen entgegenzustellen. Der vorgehaltene Zeitpunkt sei aber für den Kongreß nicht geeignet, da man bis dahin die Arbeiter nicht genügend vorbereiten könne und andererseits auch der Sozialistenkongreß alles Interesse für sich in Anspruch nehme. Es sei zunächst notwendig, durch Diskussion in der Arbeiterpresse den Zweck des Kongresses darzulegen und die Massen für denselben zu gewinnen. In der folgenden Diskussion wurde der Vorschlag ge-

macht, die Angelegenheit vor eine stärker besuchte Versammlung zu bringen. Dieser Vorschlag wurde aber schließlich abgelehnt, dagegen wurde eine dem Referenten zustimmende Resolution mit großer Mehrheit angenommen. Aufgleich beschloß man, die weiteren Schritte der Streik-Kontrollkommission zu überlassen. Der zweite Punkt der Tagesordnung gelangte wegen vorgerückter Zeit nicht mehr zur Erledigung.

Ueber das Ende des Stettiner Bauarbeiter-Streiks berichtet der "Stettiner Volksbote", daß die durch die Presse gehende Nachricht, nachdem der Hamburger Ausstand beendet, werde die Streikbewegung in Stettin wieder zu beginnen, jeglicher Begründung entbehrt. Das Blatt fügt weiter aus:

Wenn die Arbeiter nicht durch die Unternehmer dazu herausgefordert werden sollten, so wird voranzuschreiten in diesem Jahre im Wagnisse keine Arbeitseinstellung mehr stattfinden.

Der diesjährige große Bauarbeiterstreik ist zu Ende. Seit dem 10. August haben bereits die Zimmerer die Arbeit flüchtig wieder aufgenommen; ein diesbezüglicher Berammlungsbeschuß ist abschließend nicht gefaßt worden. Die Maurer und die Raft- und Steintäger haben neun Wochen, die Zimmerer 14 Wochen lang gestreikt. Eine so lange Arbeitseinstellung ist in Stettin noch niemals und auch anderwärts nur selten dagewesen. Es war mehr ein Prinzipienstreik, wie ein Lohnstreik, genau so wie in Hamburg, und wenn die hiesige Bewegung auswärts nicht die gleiche Berücksichtigung gefunden hat wie die Hamburger, so kommt es daher, daß man leider gemüht ist, die Arbeiterbewegung in Bommern etwas stiefmütterlich zu behandeln.

Es verlohnt sich wohl, einen Rückblick auf die Ereignisse zu werfen. Die Unternehmer haben im Frühjahr d. J. einen neuen Bund gegründet, weil sie wohl einsehen, daß die Zunahme niemals alle Unternehmer zusammenfassen würde. Die Seele des neuen Bundes war der bekannte Zimmermeister Leo Wolff, dem jetzt die Staatsanwaltschaft schüchtern zur Seite steht, damit seine angeblich von uns verlebte Ehre wieder hergestellt wird. Wolff war von jeher auf die Arbeiter nicht gut zu sprechen; vor einigen Jahren machte er in der "Bauwerks-Ztg." den Vorschlag, eine große Referendare für die Arbeitgeber zu gründen, um die Arbeiter ihre zu machen. Der neue Arbeitgeberbund war thätendurstig und wollte seine Kraft beweisen. Es wurde beschlossen, daß wenn über einen Arbeitgeber die Sperre verhängt wird, sämtliche Arbeiter entlassen werden sollten. Sämtliche Bundesmitglieder mußten sich verpflichten, den gefaßten Beschlüssen nachzukommen und zu diesem Zwecke einen Wechsel zu besorgen, der je nach dem Geschäftsumfange auf 600, 800 oder 100 M. lautete. Wer die Beschlüsse verletzte, dessen Wechsel sollte in Umlauf gesetzt werden; er hatte also diese Summe verloren.

So kam der 1. Mai heran. Wie wir inzwischen erfahren haben, hatten sich die Arbeitgeber vorgenommen, Maßnahmen einzutreten zu lassen, um die Arbeiter zur Verzögerung gegen eine Sperre zu weizen. Es ist dieser Umstand deshalb bemerkenswert, weil die Unternehmer später, als es nicht nach ihrem Wunsch ging, die Sache so dargestellt haben, als ob der Redakteur dieses Blattes den Frieden verändere. Es giebt heute noch Duffels, die so etwas glauben.

Nach dem 1. Mai wurde der Vorsitzende des Verbandes deutscher Zimmerleute hier nebst einem anderen Kollegen, beides sehr tüchtige Leute, wegen "mangelndem Interesse am Geschäft" von dem Zimmermeister Hagenau entlassen. Natürlich traten ihre Kollegen für sie ein und so wurde die Kaputtperre verhängt. Das war das Signal für die Unternehmer. Es wurden zugleich den Raft- und Steintägern Lohnabzüge gemacht, wodurch auch diese zu einem Abwechsellager gezwungen wurden.

An demselben Tage, an welchem die Arbeitgeber den Beschluß faßten, sämtliche Arbeiter auszusperrten, beschloß die Maurer, die Erhöhung des Stundenlohnes von 45 auf 50 S. zu fordern.

Der Kampf begann. Auf beiden Seiten war an ein Nachgeben nicht zu denken. Nach fünf Wochen glaubten die Unternehmer die Arbeiter so weit ausgehungert zu haben, daß sie an die Letzteren das Verlangen des Austrittes aus der Organisation stellten, ferner sollte der Lohn auf 40 S. pro Stunde herabgesetzt werden. Den Zimmerern waren schriftlich 45 S. Stundenlohn garantiert worden; aber was liegt den Unternehmern an einem Kreuzbruch!

Ein Scheitern der Entzweiung ging bei der neuesten Forderung der Unternehmer durch die gesammte Arbeiterschaft. Wenn bis dahin die Sympathie für den Streik noch nicht recht gewesen war, jetzt war die Stimmung umgeschlagen. Und die Streikenden selbst hielten um so zäher fest, je mehr sich die Noth bei ihnen fühlbar machte; jetzt handelte es sich eben um ihre Ehre!

Die Unternehmer hätten wohl nun nachgegeben, allein ihr Ehrgeiz ließ das nicht zu; sie wollten nicht die Besiegten sein. Uns wurde mitgeteilt, daß der Streik jede Woche einen Verlust von M. 60 000 ausmache. Wir wissen nicht, ob diese Schätzung richtig ist, aber Leo Wolff hat selbst öffentlich zugegeben, daß der Streik den Unternehmern viele Tausende gekostet habe. Mit vielen Kosten werden die Unternehmer fremde Arbeiter an und es gelang, ja 200 Maurer aus Oberbayern zu importiren, welche zum größten Theil jetzt noch hier arbeiten.

Nach neun Wochen nahmen die Maurer und die Raft- und Steintäger die Arbeit wieder auf; die Zimmerer hielten 14 Wochen aus. Von Letzteren sind jetzt noch einige Personen zu unterstützen, die wohl schwerlich wieder Arbeit erhalten werden.

Reiner von beiden Theilen kann sich den Sieg zuschreiben, weder die Unternehmer noch die Arbeiter. Die Organisationen der Letzteren sind nicht zerrüttet worden. Aus der freien Vereinigung der Maurer sind einige Wenige ausgetreten, der Verein zählt aber immer noch über 400 Mitglieder. Von den Zimmerern sind 500 im Verbands- und etwa 600 sind im Ganzen hier beschäftigt, das Verhältnis ist also ein sehr günstiges. Gerade das Verlangen der Unternehmer hat ja den

Arbeitern den Werth ihrer Organisation vor Augen geführt. Von den Raft- und Steintägern war das Ausbleiben aus ihrem Verein nicht verlangt worden.

Was den Lohn betrifft, so erhielt über die Hälfte der Zimmerer 45 S., der Rest nur 40 S. pro Stunde. Von den Maurern erhielt ein kleiner Theil 50 S. und ein Theil 40 S., die meisten erhalten 45 S. Stundenlohn. Die Raft- und Steintäger erhalten den alten Tarif von 1888.

Als ein Beispiel der Opferfreudigkeit der Arbeiter wollen wir anführen, daß ein Theil der Zimmerer, welcher nicht ausgesperrt wurde, 14 Wochen lang pro Woche M. 6 zur Unterstützung der streikenden Kameraden abgegeben hat.

Es waren zwei starke Gegner, welche sich im Kampfe gegenüberstanden, und auf beiden Seiten wird man gelernt haben. Ein einen dauernden Frieden ist nach einem solchen Kampfe nicht mehr zu denken. Die Unternehmer dürfen sich nicht wundern, wenn sie ebenso bekämpft werden, wie sie es mit den Arbeitern gemacht haben. Die Vergeltung bleibt nicht aus!

Der 23. Jahreskongreß der englischen Gewervereine

wurde am 1. d. M. in Liverpool eröffnet. Die Vorkonferenz war eine außerordentlich zahlreiche. Es hatten sich 460 Delegirte, die Vertreter von nahezu 1 1/2 Millionen Mitgliedern, eingefunden. Mr. William Martin (Liverpool) wurde zum Präsidenten, Mr. Cobby (Glasgow) zum Vizepräsidenten und Mr. Goodman (Liverpool) zum Schriftführer des Kongresses gewählt. Unter den Anwesenden befanden sich Mr. Broadburt, M. B., John Burns, Spinton, B. Fillett und andere bekannte Männer. Der Vorsitzende erklärte den Kongreß für eröffnet und verknüpfte damit eine kurze Ansprache, in welcher er Rückblick auf die Geschichte des Kongresses während der letzten 15 Jahre hielt und die Mitglieder zu der Besserung, welche sich in der Lage der Arbeiter vollzogen, beglückwünschte. John Burns beachte sodann den großen Ausstand in Australien zur Sprache und beantragte folgende Resolution: "Dieser Kongreß drückt hierdurch seine tiefempfundene und herzliche Sympathie mit den Arbeitern in Australien, welche jetzt in einem Auslande zur Vertheidigung von Gewervereinsprinzipien begriffen sind, aus, verpflichtet sich, es an seiner Anstrengung mangelt zu lassen, um sofortige Geldhilfe durch die in diesem Kongreß vertretenen Organisationen zu erlangen, und ersucht jeden Gewervert, die öffentliche Aufmerksamkeit auf die besondere Dringlichkeit des Falles in Betreff der Sammlung und Uebermittlung von Fonds zu lenken." Burns erinnerte den Kongreß daran, daß, als die Schlichter der niedergelassenen Arbeiter des Falles von London voriges Jahr geschlagen wurde, die Arbeiter Australiens sich unter den Ersten befanden, welche Hilfe sandten. Nicht bedürfen die Kolonisten der Hilfe englischer Arbeiter; ja, ihre Noth wäre größer, als die der Doharbeiter, denn die Organisation der Letzteren war nicht bedroht, während in Australien die Organisation bedroht sei. Im Interesse der internationalen Solidarität der Arbeit würde der Antrag hoffentlich angenommen werden. Nachdem Tom Mann über die Anstrengungen der Doharbeiter, den australischen Arbeitern Hilfe zu gewähren, Bericht erstattet, gelangte die Resolution mit Begeisterung zur einstimmigen Annahme.

Sodann verlas Mr. Broadburt den Jahresbericht des parlamentarischen Komitees. Nach einem Hinweis auf die verschiedenen Arbeiterverordnungen, welche das Parlament in der verfloffenen Session beschloß, wobei bemerkt wurde, daß große Erregungen durch von einem Parlament, welches sich dem Ende seines Daseins nähert, nicht erwartet werden könnten, bestätigte der Bericht die in Berlin abgehaltene internationale Arbeiterversammlung, welche das Komitee als einen entscheidenden Vorwärtsschritt betrachtete und welche die europäischen Regierungen in den Stand setzten, sich mit der wohlwollend vorgeschrittenen Stellung, welche die Arbeiter in England annehmen, bekannt zu machen. Das verfloffene Jahr, führt der Bericht fort, sei eines von merkwürdiger Thätigkeit in der Arbeiterwelt gewesen. Die Verbindung sei vollkommen frei und werde vom Gesetz anerkannt. Die Presse und der Klerus aller Konfessionen bezeugten größeres Interesse an der Arbeiterbewegung. Schließlich bewillkommnet der Bericht das Wachstum des Gewervereinswesens und spricht die Hoffnung aus, daß die neugebildeten und in der Bildung begriffenen neuen Gewervereine auf gesunden Grundstücken der Organisation und Finanzen gestellt werden würden, damit sie sich nicht in Zeiten der Noth als schwache Köpfe erweisen. Die Erörterung des Berichtes wurde auf den anderen Tag verschoben, worauf die Delegirten eine Einladung des Bürgermeisters von Liverpool zu einem Dampferausfluge auf dem Meer und einer Soirée im Rathhause folgten.

In der zweiten Sitzung hielt der neugewählte Präsident, Martin, seine Antrittsrede. Nach einem Hinweis auf die schon im Jahresbericht des parlamentarischen Ausschusses betonte merkwürdige Entwicklung des Gewervereinswesens und der Arbeiterbewegung in jüngster Zeit, erklärte der Redner, daß unzweifelhaft die Zeit erschienen sei, energische Schritte zur Erlangung eines achtstündigen Normalarbeitstages zu ergreifen. Daß ein solcher Arbeitstag den heillosen Handel schädigen oder den Gewervereinen thätiglich den Garaus machen würde, sei nicht zu befürchten. Allerdings müßten anläßlich der Einführung des gesetzlichen achtstündigen Arbeitstages die Wünsche und Interessen der verschiedenen Industriezweige berücksichtigt werden; aber sonst wäre kein Grund vorhanden, warum eine solche Maßregel nicht solchen Gewerken zugefanden werden sollte, welche unverkennbar zeigen, daß sie dieselbe wünschen. Im Weiteren trat der Redner für die direkte Vertretung der Arbeiterklassen im Parlament ein und beauftragte auch die Stellung der Eisenbahnen des Landes unter staatliche Aufsicht. Die Lösung der Landfrage wäre nur in der Nationalisierung des Bodens zu finden. Ferner beauftragte er die Nationalisierung der Bergwerke. Schließlich

äußerte sich der Präsident sehr beifällig über die geplante Bildung industrieller Genossenschaftsvereine. Mit den zur Vertretung der Gewerbetreibenden stehenden Kapitalisten könnten sie solche Vereine leicht gründen und im Falle von Streiks nicht nur ihren Mitgliedern Beschäftigung gewähren, sondern auch weiteren legitimen Druck auf Arbeitgeber ausüben. Das würde insbesondere möglich sein im Schneider-, Schuhmacher und Tischlergewerbe.

Nach der mit vielem Beifall aufgenommenen Rede des Präsidenten wurde zur Erörterung des Berichtes des parlamentarischen Ausschusses geschritten. Der Bericht wurde mit 258 gegen 92 Stimmen genehmigt. Schließlich gelangten verschiedene Resolutionen zur Annahme, darunter eine zu Gunsten einer viel größeren Vertretung der Arbeit im Parlament aus den Reihen der Arbeiter. Ein Amendement zu Gunsten der Besetzung von Parlamentsmitgliedern und Bezahlung der Wahlkosten aus Staatsmitteln, wurde genehmigt, dagegen wurde ein Zusatzantrag, welcher die Kandidaten aufrufte, die Nationalisierungsfrage ihrem Programm einzubereitern, mit 263 gegen 55 Stimmen verworfen.

Ferner wurde ein Beschluß angenommen, welcher die Vorkonferenz einer internationalen Arbeiterorganisation anerkennt und die Einladung der belgischen Arbeiterpartei, den im nächsten Jahre in Brüssel abzustehenden internationalen Kongreß zu bezeichnen, annimmt. Gleichzeitig wurde beschlossen, den parlamentarischen Ausschuss anzuweisen, es an seiner Anstrengung fehlen zu lassen, um den Brüsseler Kongreß erfolgreich zu machen. Von den zahlreichen sonstigen Beschlüssen seien hervorzuheben diejenigen zu Gunsten einer angemessenen Vermehrung der Fabrik- und Werkstätteninspektoren, der Anstellung einiger weiblichen Inspektoren, der Bildung von Kommissionen, die aus Arbeitgebern und Arbeitern bestehen, zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten, endlich der Ausdehnung des Fabrikgesetzes auf Maschinenfabriken und alle Orte, wo Frauen beschäftigt sind.

In der Sitzung vom 4. September wurde nach lebhafter Diskussion eine Resolution angenommen, wonach das Parlament die achtstündige Arbeitszeit festlegen solle. Ein Amendement, den Gewerker und Individuen zu überlassen, die achtstündige Arbeitszeit durch ihre Vereine zu erlangen, wurde mit einer Majorität von acht Stimmen abgelehnt.

Der Kongreß nahm ferner eine Resolution an, in welcher die Beschäftigung fremder Arbeiter in englischen Häfen als ungebührlich bezeichnet wird, endlich wurde einstimmig eine Resolution zu Gunsten einer internationalen Konvention für die Zulassung eines Fabrikarbeitsgesetzes angenommen.

Ueber die Erörterung der Resolution, betreffend den Achtstundentag, ging der "Woll. Ztg." folgender Bericht zu:

Marx, Vertreter des Londoner Schriftsetzerverbandes, stellte den Antrag zu Gunsten der Einführung des Arbeitstages von acht Stunden auf dem Wege der Gesetzgebung. Dieser Resolution trat Rafterson (Durham) mit dem Antrage entgegen, daß der achtstündige Arbeitstag leichter durch das Vorgehen des Gewervereinskongresses erlangt werden könnte, als durch das Parlament, welches infolge seiner Zusammenfügung Gegner der Arbeiterrechte sei. An die beiden Anträge knüpfte sich eine mehrstündige Erörterung, in deren Verlauf Fillett, Burns und andere sozialistisch angehauchte Gewervereiner, sowie das radikale Unterhausmitglied Abraham, Vertreter der Bergarbeiter im Parlament, entschieden für den Antrag Marx eintraten. Der Antrag Marx wurde schließlich mit 193 gegen 155 Stimmen angenommen, der Gegenantrag mit 181 gegen 178 Stimmen verworfen.

Um dem Umfang der Lohnabzüge entgegenzutreten, nahm der Kongreß folgende Resolution an:

Kein Arbeitgeber oder sein Vertreter soll die Annahme von Arbeitern von der Bedingung abhängig machen, daß der Lohn des Arbeiters für Abzüge, gleichviel zu welchen Fonds, wohlthätigen oder sonstigen Zwecken, in Anspruch genommen wird, an welchen der Arbeiter nicht auch nach erfolgtem Austritt aus dem Arbeitsverhältnis gleiches Anrecht hat. Der Arbeitslohn soll auch keinen Abzügen für irgend welche Arbeit, Material, Maschinen oder Arbeitswerkzeug unterworfen sein, die durch ihn während seiner Arbeitsfähigkeit verpfichtet oder beschädigt werden können; kein Arbeitgeber soll vom Arbeiter verlangen dürfen, daß er sich selbst als verantwortlich für Pflanzarbeit oder Beschädigungen erklärt, ausgenommen, wenn dabei entweder die eigene oder die planmäßige Aufsicht anderer Personen mitwirkte. Keine Lohnabzüge dürfen gemacht werden für Zeitverlust bei Stillarbeit, noch soll ein auf Zeit beschäftigter Arbeiter höheren Lohnabzügen unterworfen sein, als dem wahren Werthe der bei gewöhnlicher Arbeitsleistung des Betreffenden verlorenen Zeit entspricht. Für Strafen, die von dem Arbeitgeber oder seinem Vertreter, aus welchem Grunde immer, verhängt werden, darf keinerlei Lohnabzug gemacht werden, noch soll der Arbeitgeber bestraft sein, aus der Verhängung solcher Strafen eine Bedingung bei der Annahme von Arbeitern zu machen.

Aus Oesterreich.

In Brünn tagte am 15., 16. und 17. August eine von der Redaktion der "Arbeiter-Zeitung" einberufene Arbeiterversammlung, in welcher über die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung und Organisation beraten wurde. Die Mehrzahl der Theilnehmer sprach sich dahin aus, daß den Arbeitern Oesterreichs die gewerkschaftliche Organisation auf das Eindrücklichste zu empfehlen sei. Diese Organisation solle u. A. auch die Unterstützung der Arbeitslosen und die Klassenvertretung zum Zweck haben.

In Betreff der Streiks wurde folgende Resolution angenommen:

"Angeichts der elenden Verhältnisse, welche heute in den meisten Arbeitszweigen sowohl in Bezug auf die Lohnhöhe als auf die anderen Arbeitsbedingungen vorherrschen, ist die Arbeiterchaft nicht nur berechtigt,

sondern im Interesse der gegenwärtigen und künftigen Generation, sowie im Kulturinteresse überhaupt, geradezu verpflichtet, auf dem Wege der Koalition mit allen Mitteln bessere Arbeitsbedingungen anzustreben.

Indem die Versammlung so den Streit als im Prinzip berechtigt erklärt und dem festen Entschlusse Ausdruck giebt, kämpfende Genossen wie bisher in brüderlicher Solidarität zu unterstützen, verschließt sie sich aber keineswegs der Erkenntnis der Gefahren, welche die unüberlegte Anwendung dieses Kampfmittels mit sich bringt.

Die Konkurrenz der italienischen Arbeiter macht sich hier zu Lande immer fühlbarer. So beschäftigt der Baumeister Ceconi in Sala Burg nahezu 800 italienische Arbeiter mit derartigen Hungerlöhnen, daß jene Baumeister, welche deutsche Maurer beschäftigen, die verhältnismäßig bessere Löhne haben, mit diesem nicht in Konkurrenz zu treten vermögen.

Gewerverein oder Jagdverein?

Herr Dr. Max Hirsch und die Anhänger seiner Gewervereine bejahen für dieselben hauptsächlich dadurch Propaganda zu machen (wie es auch in dem Artikel des „Völkischer Anzeiger“ geschieht), daß sie behaupten, diese Vereine seien nach dem Muster der englischen Arbeitervereinigungen, der Trades-Unions, geschaffen und in deren Geleise gelenkt.

Trades-Unions sind wirkliche Arbeitervereinigungen, die mit Bewußtsein nach dem Ziel einer Emancipation der arbeitenden Klassen von der Herrschaft des Kapitalismus streben. Sie veranlassen ihre Entziehung der freien und selbstständigen Initiative der Arbeiter selbst; sie sind von den Arbeitern selbst trotz des unerschütterlichen Widerstandes der Unternehmerklasse zu einem wirtschaftlich-sozialen Machtfaktor entwickelt worden, mit welchem diese jetzt wohl oder übel rechnen muß.

Unter ganz anderen Gesichtspunkten haben wir die deutschen Gewervereine zu betrachten. Schon ihre Entstehung rechtfertigt das Mißtrauen, das ihnen die große Masse der Arbeiter von jeher entgegengebracht, voll auf. Sie sind nicht wie die englischen, der freien und selbstständigen Initiative der Arbeiter, sondern einer politischen Berechnung gerade jener Partei entsprungen, die entschlossen auf dem Boden des arbeiterselbstlichen Manöchehrthums steht.

Das war des Pudels Kern! — Dem entsprechend wurde auch die volkswirtschaftlich-soziale Tendenz der Gewervereine dahin bestimmt, daß sie — wie Hirsch in einer seiner Broschüren wörtlich sagt — ihr Ziel „nicht durch prinzipiellen Kampf gegen das Kapital“ zu erreichen streben.

Die Mitglieder dieser Vereine sollten, indem sie gegen ihre für die Rechte des gesamten Arbeiterstandes kämpfenden Kollegen gekämpft wurden und noch heute werden, ihre eigene Lohngrube graben und als Stimmvieh für die Fortschrittspartei bei den Wahlen ausgenutzt werden!

Diese Gewervereine sind also in prinzipieller Hinsicht inhaltlich das genaue Gegenteil der Trades-Unions. Kein Kampf, sondern „gütliche Vereinbarung“ heißt ihre Parole; das aber bedeutet nichts Anderes, als ein für die Arbeiter gänzlich nutzloses Spiel.

einer gründlichen Umgestaltung der Produktionsweise und des Rechtes der Arbeit gegenüber der anarchischen Herrschaft des Kapitalismus, so taugt sie nichts. Für Herrn Dr. Max Hirsch und seine „Getreuen“ läuft die „gütliche Vereinbarung“ auf möglichste Schwächung der Interessen des Kapitals hinaus. Da heißt es: „Um Gotteswillen kein Streit mit den Arbeitgebern; die werden schon freiwillig thun, was sie können, wenn wir sie häufig darum bitten.“

Prinzipiell wollen und wollen die Gewervereine des Herrn Hirsch nichts an den Grundlagen des herrschenden Wirtschaftssystems ändern; deshalb giebt ihr „Anwalt“ sich alle erdenkliche Mühe, die bebauenswerten Arbeiter, die blind und thöricht genug sind, ihm zu folgen, über den Charakter und das Ziel der Arbeiterbewegung zu täuschen.

Darnach mögen unsere Leser ermaßen, welche Unverfrorenheit dazu gehört, die Mißgebunden des Gewervereins-Doktors auf eine Stufe zu stellen mit den englischen Trades-Unions.

In welchem Maße diese mehr und mehr ergriffen worden von sozialistischen Prinzipien, das zeigen uns die in dieser Nummer um. W. mit getheilten Beschlüsse des jüngsten Kongresses der englischen Gewervereine.

Zur Frage der gewerkschaftlichen Neuorganisation.

Wir erachten es als unsere Pflicht, unseren Lesern jede wichtige Neuordnung der Arbeiterpresse zu dieser Frage mitzutheilen.

Wie die „Neue Tischler-Zeitung“, deren Auslassungen wir in letzter Nummer berücksichtigt, so stellt auch die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ sich auf den von uns eingenommenen Standpunkt.

Das Beachtenswerthe dabei ist, daß, wie unser Blatt, so auch die beiden genannten Organe zu einem übereinstimmenden Urtheil gelangt sind, ohne vorher Kenntniß von den Ansichten der anderen Blätter gehabt zu haben. Diese Thatsache beweist wohl am besten, daß bei den Ausführungen zu Grunde liegende Gedanken, bei der Neuorganisation könne es sich nur um Zentralisation und Kartell handeln, förmlich wie mit elementarer Gewalt sich Bahn bricht.

Der Artikel in der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ hat den Vertrauensmann der Metallarbeiter, Herrn Martin Segtz-Fürth zum Verfasser; einen berentigten Mann, welche die gewerkschaftliche Konferenz in Halle vorgeschlagen haben.

Herr Segtz schreibt: „Bei der eminenten Wichtigkeit dieser Angelegenheit kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die Konferenz von allen Gewerkschaftsvorständen, von allen Vertrauensmännern besucht wird. Keine der bestehenden Gewerkschaften, sei sie nun „zentralisiert“ oder durch Vertrauensmänner vertreten, kann behaupten, daß sie in ihrer jetzigen Gestalt den Verhältnissen gewachsen ist, daß sie ihren Mitgliedern im Nothfalle ausreichende Hilfe leisten kann.“

einmal die Zentralfaktion der Arbeiter der einzelnen Industrien wird in gewissen Fällen ausreichen, um den erforderlichen Widerstand zu leisten. Es muß eine Form gefunden werden, welche es ermöglicht, im Notfall alle Mittel, welche von den Gewerkschaften aufgebracht werden können, möglichst schnell zur Verfügung zu stellen, es muß eine Einrichtung getroffen werden, durch welche unzeitgemäße Streiks verhindert werden können.

In einzelnen Orten hat man bereits Kommissionen ernannt, von deren Genehmigung Arbeitseinstellungen in den betreffenden Städten abhängig gemacht werden sollen. Als Nothbehelf nur können wir diese Einrichtungen betrachten, für die Dauer werden sie ihren Zweck nicht erreichen. Abgesehen davon, daß diese Kommissionen förmlich in den Mechanismus der bestehenden Organisationen eingreifen, indem sie etwas genehmigen oder verbieten wollen, was unter Umständen die Billigung der betreffenden Gewerkschaftsleitung nicht findet, nach Lage der Verhältnisse nicht finden kann, haben diese örtlichen Kommissionen nicht den Einblick in die Gesamtlage eines Gewerbes — was erstes Erforderniß zur Beurtheilung einer Sache ist — und werden sie infolgedessen dieselben Maßgriffe machen, wie jetzt die Arbeiter jener Orte, die ohne Rücksicht auf die Gesamtverhältnisse vorgehen.

„Daß eine solche Sozialzentralaktion, selbst wenn sie über 20000 und noch mehr Arbeiter verfügen sollte, auch nicht im Stande ist, dem koalitionären Unternehmertum entgegenzutreten, ist begreiflich; Hamburg hat es bewiesen. Trotz der vielen Hilfsquellen konnten die Hamburger Arbeiter dem Druck des vereinigten Unternehmertums allein nicht widerstehen; und wie lange hat es infolge unserer mangelhaften Organisation gedauert, bis die nötigen Mittel von Auswärts floßen?“

„Die Interessen der deutschen Arbeiter können dauernd nur gewahrt werden, wenn wir alle zusammenschließen, um dem vereinigten Unternehmertum die organisierte Arbeiterkraft von ganz Deutschland entgegenzustellen.“

„Nicht in einem allgemeinen Mißgeschick soll dieses geschehen, sondern je nach örtlichen Bedürfnissen gegliedert nach Berufen müssen wir organisieren, und uns im Notfall gegenseitig den Rücken decken.“

„Die Vertrauensmänner der Metallarbeiter denken sich die Organisation in der Weise, daß für die Metallindustrie, die Holzindustrie, das Baugewerbe, die Textilindustrie, Fuß- und Körperbekleidungsindustrie, Transportindustrie, Papierindustrie etc. je eine über ganz Deutschland zentralisierte Organisation in's Leben gerufen wird, und diese Organisationen durch Kartellverträge sich gegenseitig verpflichten, unter bestimmten Voraussetzungen einander finanziell zu unterstützen.“

„Daß eine solche Vereinigung eine Macht bilden würde, die der Koalition der Unternehmer gewachsen wäre, bedarf keiner weiteren Beweisführung.“

„Den Metallarbeitern z. B. müßte es ein Leichtes sein in kurzer Zeit 40000 bis 50000 Berufsgenossen in ihrer Organisation zusammenzubringen. Dasselbe ist bei den Holzarbeitern, Bauhandwerkern etc. der Fall.“

„Schon der moralische Eindruck eines derartigen Zusammenschlusses würde das Gefühl der allgemeinen Unsicherheit, welches infolge der vielen Niederlagen der Arbeiter Platz zu greifen beginnt, mit einem Schläge beseitigen. Und die Unternehmer würden sich zweimal besinnen, gegen solche Organisationen so übermüthig vorzugehen, wie es jetzt häufig der Fall ist.“

„Eine einheitliche Faltung der gesamten Gewerkschaftsbewegung wäre dadurch ermöglicht. „Daß die Arbeiter diesem Gedanken freudig zustimmen, ist mit Sicherheit zu erwarten, denn der Vortheil gegen den jetzigen Zustand liegt klar zu Tage. Die Hauptgewerkschaft ist unsere, durch spitfindige Polizeibehörden etc. gehandhabte, reaktionäre Vereinsgesetzgebung, die den Arbeitern verbietet, was den Unternehmern gestattet ist. Den Genossen in Bayern dürfte es an manchen Orten schwer werden, sich anzuschließen, an einzelnen Orten ist es ja gestattet. Den sächsischen Genossen ist ein Anschluß unmöglich gemacht. Aber hierin wird aber kurz oder lang doch Wandel eintreten müssen, man wird uns das ungeschmälerte Koalitionsrecht gewähren müssen.“

Gewerkschafts-Konferenz.

Die Vertrauensmänner der Metallarbeiter geben bekannt, daß die von ihnen für Mitte Oktober in Halle geplante Gewerkschafts-Konferenz auf mehrfachen Wunsch vertagt worden ist. Dieselbe soll nunmehr am Sonntag, den 16. November, in Berlin stattfinden.

In diese Mitteilung möchten wir folgende Bemerkungen zur Beachtung für die Maurer Deutschlands knüpfen:

Unter keinen Umständen dürfen Fachvereine oder sonstige Arbeitervereinigungen, die von der Behörde als politische erachtet werden, die Wahl von Delegirten zu der Konferenz vornehmen.

Es kommt nach unserem Dafürhalten gar nicht darauf an, daß möglichst viele Delegirte an der Konferenz theilnehmen. Wann jedes Gewert durch zwei oder höchstens drei tüchtige Leute vertreten ist, so dürfte das vollkommen genügen.

Für die Maurer Deutschlands wird deren Geschäftsleitung die Konferenz besichtigen. Die Kollegen von den einzelnen Orten können sich also die Wahl und Entsendung von Delegirten sparen.

Wir glauben die Hoffnung aussprechen zu dürfen, daß die Einberufer der Konferenz baldigst öffentlich bekannt machen, ob und inwieweit sie die beratende und beschließende Theilnahme an derselben von bestimmten Voraussetzungen — förmliches Mandat oder sonstige ausreichende Legitimation — abhängig zu machen gedenken. Jene eine feste Norm muß da um so mehr geschaffen werden, als es sonst füglich den Berliner Gewerkschaften ohne Geldopfer sehr leicht sein würde, so viele Theilnehmer zu stellen, daß die Entscheidung über die Frage der Neuorganisation durchaus bei ihnen liegen würde. Und das muß, da es sich doch um eine Meinungsäußerung der gewerkschaftlichen Vertreter von ganz Deutschland handelt, vermieden werden.

Ein für.

* In dem nahe bei Leipzig gelegenen Dorfe Stätteritz sitzte am 29. August Nachmittags das Montier-Sytem ausgeführte Gewölbe über dem zur Aufnahme der Eismaaschinen bestimmten Raum am Bau der dortigen Bierbrauerei zusammen, wobei 16 Maurer beunruhigten. Sechs davon wurden todt unter den Trümmern hervorgezogen, fünf waren so schwer verwundet, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird; die Uebrigen sind mehr oder minder schwer verletzt. Der erwähnte Raum ist circa 20 m lang, 9 m breit und 5 m hoch und der Ränge nach durch zwei eiserne Träger, welche auf 3 je 50 cm starken Pfeilern ruhen, in seinem oberen Theile in zwei gleiche Hälften getheilt, welche auf die angegebene Weise überbólt wurden. Bekanntlich wird hierbei ein in der beabsichtigten Bogennlinie geschwungenes Drahtgestell, nachdem dasselbe unterhalb ist, mit einer etwa 5 cm starken Bemeinigung belegt, welche an den Widerlagern an Stelle der bei gemauerten Gewölben üblichen Hintermauerung in doppelter Stärke aufgetragen wird. Vermuthlich ist für die Spannweite von 4 1/2 m die Belastung zu schwer oder auch nicht im Gleichgewichte ausgeführt gewesen, so daß die Wölbung aus den Widerlagern gehoben wurde. Für die in dem Raume beschäftigten Maurer, welche theils mit dem Putzen des Gewölbes, theils mit Wandputz beschäftigt waren, gab es kein Entkommen, da sich sämtliche Ausgänge unter dem Gerüst befanden und die Katastrophe plötzlich erfolgte. Die Ursache derselben ist jedenfalls in der leichten Konstruktion, sowie in mangelhafter Ausführung zu suchen.

Situationsberichte.

Maurer.

Thorn. Eine von circa 200 Kollegen besuchte Mitgliederversammlung des Fachvereins der Maurer von Thorn tagte am 1. August im „Volksgarten“, in welcher der Kassirer St. h. n die Abrechnung für das zweite Quartal veröffentlichte. Nach derselben betrug die Mitgliederzahl am Schlusse des Quartals 386. Die Einnahme bezifferte sich auf M. 400.20, die Ausgabe auf M. 295.20, so daß ein Bestand von M. 105 in der Kasse verbleibt. Nach Ertheilung der Decharge wies der Vorsitzende, Kollege Liedtke, auf die während des Streits gemachten Erfahrungen hin und ermahnte die Anwesenden, treu zur Organisation zu stehen und die Mantelmitgliegegen wiederum zu derselben heranzuziehen. Hierauf wurde nach längerer Diskussion das bisherige Mitglied G. u. wegen Nichterfüllung seiner Pflichten sowie wegen Beschimpfung des Vereins ausgeschlossen. — Am 9. August fand dann ein Vereinsbergrügnis statt, welches über alle Erwartung gut besucht war. — Am 25. August tagte dann eine öffentliche Maurerversammlung, zu welcher auch alle verwandten Berufsgenossen eingeladen waren. Herr P. e. e. aus Königsberg hielt in dieser Versammlung einen höchst belehrenden Vortrag über den Zweck und die Ziele der Gewerkschaftsorganisation. Nach Schluß des Vortrages wurde über die bevorstehende Gewerkschaftskonferenz in Halle a. S. debattirt und die Entsendung eines Delegirten beschlossen, dessen Wahl in einer demnächstigen Versammlung stattfinden soll. Die

Kosten der Delegation sollen durch freiwillige Sammlungen aufgebracht werden.

Wismar. Am 30. August tagte hier im Vereinslokal (bei Herrn Schöder) eine schwach besuchte Mitgliederversammlung der Vereinigung der Maurer Wismars. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten wurde die Abrechnung vom Stützungsstele beraten und genehmigt. Dann erläuterte der Vorsitzende in längerer Rede die Nothwendigkeit der Organisation, indem unter den jetzigen Verhältnissen die Unternehmer ein leichtes Spiel hätten, mit den Gesellen zu machen, was in ihrem Belieben stünde. Die Schwäche der örtlichen Vereinigung habe sich so recht in der schwachen Vertretung am Stützungsstele gezeigt; nie könnten die Arbeitsverhältnisse sich verbessern, wenn die Kollegen in ihrer Lethargie verharren. Nach Abwidelung einiger innerer Angelegenheiten erfolgte dann der Schluß der Versammlung.

Hannover. Die regelmäßige Mitgliederversammlung des Maurervereins von Hannover-Bunden fand am 26. August im „Ballhof“ statt. Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung: „Arbeitskraft und Arbeitstag“ referirte der Vorsitzende H. o. m. f. e. l. d. t. Nebener legte klar, wie die nothwendige Arbeitszeit und Arbeitskraft den Arbeitstag normire. Unter keinen Umständen dürfe der Arbeitstag länger dauern als die Arbeitskraft. Aber das eifrige Bestreben des Kapitals sei es, die Arbeitszeit immer mehr auszudehnen; ohne zu wissen, daß es sich selbst schade, weil die Arbeitskraft, zu sehr geschwächt, den an dieselbe gestellten Anforderungen nicht die Dauer nicht genügen könne. Der Unternehmer habe doch nur den Gebrauchswert der Arbeitskraft gekauft und über die Höhe dieses Wertes habe der Arbeiter selbst zu bestimmen. Leider aber gäbe es auch sehr viele Kollegen, welche, statt die Bekürzung der Arbeitszeit anzustreben, letztere verlängern, um durch schnelle Gahlnst der Beförderung ihrer eigenen Person und ihrer Familie zu werden. Den Nachtheil solcher Ueberstundenarbeit habe man diesen Sommer besonders erfahren, denn gerade diese Ueberstundenarbeit habe viel dazu beigetragen, daß so viele unserer Kollegen arbeitslos waren und noch seien. Das Kapital sei die herrschende Macht, letztere würde aber, abgesehen von dem immer mehr um sich greifenden Dampf- und Maschinenwesen, durch die Lathlosigkeit solcher Kollegen noch erhöht. Die Arbeitskraft sei unser Kapital, denn sie setz sich zusammen: 1. aus der Wiederherstellung der in der Jugendperiode angewendeten Erziehungs- und Bildungslosten; 2. aus den Kosten der Erhaltung des Lebens und der Arbeitskraft während der Arbeitsperiode und der Versicherung gegen die Gefahr vorzeitiger Invalidität und zeitweiliger Unterbrechung des Erwerbs durch Krankheit, Krüppeln und Störungen des Geschäfts; 3. aus den Kosten der Erhaltung des Lebens während der Altersperiode. Diese Wiederherstellung sei aber dem Arbeiter nicht möglich. Sogar das Koalitionsrecht wolle man dem Arbeiter nehmen. Der Unternehmer sagt jetzt einfach: „entweder Ihr verzichtet auf Euer Koalitionsrecht, oder Ihr verhungert.“ Das habe ja recht draußig das Vorgehen der Hamburger Unternehmerschaft gezeigt. Darum müßte sich jeder Kollege der am Orte bestehenden Vereinigung anschließen, damit wir geküßelt folchem Ansinnen der Unternehmer gegenüber stehen. — Die dann seitens des Vorstandes vorgelegten Bestimmungen über die Wanderunterstützung, sowie einige Statutenänderungen wurden ohne Debatte angenommen. Ebenso wurde die Abrechnung über das abgehaltene Fest für richtig befunden. Nachdem dann noch zum Beitritt zu dem hier wieder in's Leben zu rufenden Maurergewerkschaftverein aufgefordert war, wurde die Versammlung geschlossen.

Magdeburg. Am 2. September hielt die „Freie Vereinigung für die Interessen der Maurer Magdeburgs und Umgegend“ in ihrem Vereinslokal (Platzliches Vereinshaus) ihre regelmäßige Versammlung ab. Dieselbe war entsprechend gut besucht und beschäftigte sich mit internen Angelegenheiten. — Aus den Verhandlungen ist hervorzuheben, daß einem früheren Beschlusse entsprechend, die Formulare zum Verzeichnen der Lohn- und Arbeitsstatistik den Anwesenden überreicht und die genossenschaftliche Ausfüllung derselben seitens mehrerer Kollege dringend empfohlen wurde. Mit der Veranstaltung eines Vergnügens wurden dann sechs Personen beauftragt. Wahl des Vorkassiers und der Zeit bleibt diesem Komitee überlassen, jedoch mit Ausschluß des Abends von Sonnabend zum Sonntag und nur bei solchen Wittern, welche für 15 3/4 1/2. — Vier Bier verabfolgt, damit Beküßerten, wie die über den „Schloßgarten“ vom letzten Vergnügen der Bauhandwerker, sich nicht wiederholen. Ein Antrag, den Vereinskassen des „Grundstein“ pro Quartal und Exemplar 10 3/4 aus der Vereinskasse zu verabfolgen, wurde nach längerer Debatte abgelehnt. Der folgende Antrag: „Mitglieder, welche mit ihren Beiträgen länger als drei Monate im Rückstande sind, in den Versammlungen bekannt zu geben“, wurde dahin abgeändert, „vor Ablauf des dritten Monats in den Versammlungen an ihre Pflicht zu erinnern.“ Kollege G. u. n. e. r. (welcher beinahe als Delegirter auf dem Ertrirter Maurer-Kongress fungirte) stellte an den zufällig anwesenden Herrn St. a. n. g. l. (Redaktor des „Grundstein“) die Frage: was es für eine Bewandnis mit dem „Denunziantenthum“ unter den Maurern Hamburgs“ habe. Die forrekte Antwort ging dahin, daß er (Stanning) nichts Anderes darüber sagen könne, als was im „Grundstein“ bereits enthalten. Der Fragesteller war jedoch mit dieser Antwort nicht zufrieden gestellt, sondern erging sich in solcher Festigkeit, daß er schließlich erklärte: wenn hier nicht die genügende Antwort erfolge, so kehre er (Häber) der Bewegung entziehen den Rücken. Herr Stanning leuchtete auf diesen Gefühlsausbruch hin den einmaligen Delegirten in gebührender Weise heim. Ob's was nützen wird? — Mit der Mahnung, persönliche Zwietracht zu meiden, und nur die Gesamtinteressen der Maurer bezw. der Arbeiter Deutschlands im Auge zu halten, schloß dann der Vorsitzende die Versammlung.

Bremen. In der am 3. September abgehaltenen Mitgliederversammlung des hiesigen Maurerfachvereins theilte der Vorsitzende mit, welche Mühe sich die hiesige Innung mache, um unsere Vereinigung mit dem Gewerks-

Berlins und Umgegend zu erheben und zwar in derselben Weise, wie bisher die Sammlungen in der Öffentlichkeit vorgenommen wurden.

Ferner erklärt die Versammlung: Nachdem dem Vorstande der Freien Vereinigung die Zeitung der inneren Agitation unter den Berliner Mauern übertragen worden, ist die sogenannte „Vertrauensmänner-Körperschaft“ überflüssig geworden und empfiehlt daher die heutige Versammlung der nächsten öffentlichen Versammlung, diese Körperschaft aufzulösen und nur eine aus drei Personen bestehende Körperschaft nieder zu setzen, welcher die Befugnis zu übertragen ist, „öffentliche“ Versammlungen einzuberufen und in diesen Angelegenheiten zur Erörterung zu bringen, welche außerhalb des gesteckten Rahmens der Freien Vereinigung liegen.

Weber diese Resolution entspann sich eine längere Debatte, in welcher die Herren Gröppler, Wittschored, Weiske, Klemann, Karl Schmidt, Hempel und Hermerich sich in theils rüchthaltiger, theils bedingter Weise für die Resolution erklärten. Von einer Beschlußfassung über dieselbe wurde, einem Wunsche des Herrn Wernau entsprechend, vorerst Abstand genommen, dieselbe vielmehr der demnächstigen Generalmitglieder-Versammlung vorbehalten, nachdem ein Antrag, eine „öffentliche“ Generalversammlung über die Resolution beschließen zu lassen, abgelehnt worden war. Zum Punkt „Verschiedenes“ brachte der Vorsitzende die von ihm erfolgte Beantwortung der Fragen des Magistrats betreffs Veränderung der Gewerbeordnung zur Verlesung, welche die allseitige Zustimmung der Versammlung fand. Es wurde zur feierlichen Abnahme der Kongressprotokolle, sowie zur regeren Benützung der Vereinsbibliothek aufgefordert. Auch wurde bekannt gegeben, daß die Baunummer ein Schiedsgericht nach „Wahl“ eines Gefellensauschusses gebildet habe, vor dem alle gewerkschaftlichen Streitigkeiten im Bereiche der Zimung fernherhin zuständig seien, sowie ein damit im Zusammenhang stehendes „Eingekandt“ eines Maurerparlaments Kreis aus der „Baugewerksch.“ zur Verlesung gebracht, das eine tragwichtige Wirkung nicht verhehle. Nachdem noch die Lokalfrage betreffs Abhaltung des Stiftungsfestes dahin erledigt worden war, daß dem Vorstände freie Hand gelassen wurde, event. die Lokaltäten der Berliner Hochbauerei (Tempelhofer Berg) festzumachen, wurde nach Beantwortung einer Frage die Versammlung geschlossen.

Berlin. Eine öffentliche Generalversammlung der Maurer und Putzer Berlins und Umgegend fand am 3. September im Jockelstein Saale bei mäßiger Beteiligung unter Leitung des Herrn Wernau, Hütner und Schigostki statt. Vor Eintritt in die Verhandlungen gab Vertreter bekannt, daß er im Anschluß an einen Antrag in der vorhergehenden im Saale der Brauerei Friedrichshagen stattgehabten Versammlung diese öffentliche Generalversammlung mit der Tagesordnung: „Neuwahl sämtlicher Vertrauensmänner“, einberufen habe (die eigentlichen Träger dieses Antrages waren die Herren Karl Schmidt und Krieg, welche beide mittelst eingeschriebenen Briefes zu dieser Versammlung entbunden worden waren) und forderte einen Jeden auf, der gegen die Vertrauensmänner etwas auf dem Herzen habe, öffentlich Anklage zu erheben. Der Vorsitzende ersuchte dagegen die Versammlung, nur sachlich zu diskutieren, keine unreine Wünsche zu wachen und sich über die Frage sachlich zu machen, ob die Vertrauensmänner fernherhin beizubehalten oder aber, ob der Organisationsentwurf, den er in der Freien Vereinigung zur Vorlage gebracht habe, von der Öffentlichkeit angenommen werden solle. Die Versammlung gab das gewünschte Versprechen ab und beauftragte sich, denselben Genüge zu leisten. Die langwierigen Debatten über den ersten oben genannten Punkt der Tagesordnung füllten den ganzen Abend aus. Die Quintessenz der Verhandlungen war, daß eigentliche „Anklagen“ gegen die Vertrauensmänner nicht erhoben wurden. Auch wurde verschiedentlich betont, daß durch- aus nicht die Absicht vorliege, die Vertrauensleute zu verdrängen oder Mißtrauen gegen dieselben zu säen. Diefelben hätten voll und ganz ihre Schuldigkeit getan, so weit dies unter den gegebenen Verhältnissen eben möglich war. Es brauche indessen ja auch durchaus nichts gegen die Vertrauensmänner „vorzugehen“, um den Wunsch nach einer Neuorganisation begründet erscheinen zu lassen. Mit dem Erlöschen des Sozialistengesetzes rechnen, wie Herr Wernau ausführte, fast alle Gewerkschaften und reorganisieren ihre Organisationen daraufhin. Dies sei auch bei den Berliner Mauern von Nöthen. Abgesehen von den Putzern hätten allein die Maurer mit vier Faktoren zu rechnen, dem Ausschusse der Freien Vereinigung, dieser selbst, den Vertrauensleuten und den Delegierten zur Berliner Streikkommission, vier Faktoren, welche miteinander überall tollkühnen. Durch Befestigung der Vertrauensmänner (mit Neuwahlen 13 an der Zahl) würde einerseits einer der tollkühnen Faktoren im Interesse der einheitlichen Organisation beseitigt, andererseits dadurch viel Geld gespart, welches bessere Verwendung finden könne. Redner stellte deshalb folgenden Antrag: „Die Versammlung beschließt, von einer Neuwahl der Vertrauensmänner Abstand zu nehmen und beauftragt die bisherigen Vertrauensmänner, eine Abrechnung über Einnahme und Ausgabe seit Beginn ihrer Thätigkeit bis zum 1. Oktober d. J. fertig zu stellen, sowie das sämtliche verbleibende Material der Freien Vereinigung der Maurer Berlins und Umgegend resp. dem Vorstande derselben zu überweisen. Des Weiteren beschließt die Versammlung, drei Kollegen zu wählen, welche die Öffentlichkeit zu vertreten haben in allen Angelegenheiten, welche außerhalb des gesteckten Rahmens der Freien Vereinigung liegen“, welcher mit Stimmenmehrheit angenommen wurde. Als „Vertreter der Öffentlichkeit“ wurden die Herren Gansich, Gehrte und Weiske gewählt. Hierauf stellte Herr Wernau seine Resolution, betr. die Neuorganisation, zur Diskussion und entspann sich hierüber wiederum eine längere Debatte und zwar vornehmlich in Rücksicht auf die mögliche Gefahr, mit dem Vereinsgesetze in Konflikt zu geraten, wenn Alles durch den Verein in Zukunft zu geschehen habe. Die schließlich

erfolgte Abstimmung ergab eine Stimme Mehrheit für die Resolution (siehe vorhergehenden Bericht vom 28. August).

Welfert. Der Fachverein der Baugewerker von Welfert und Umgegend hielt am 31. August eine Mitglieder-Versammlung ab. Da es uns nicht gestattet war, in unserem früheren Lokal, aus diesem Zwecke zusammenzukommen, so haben wir uns genötigt, trotz ungenügender Räumlichkeit, das einzige hier im Orte noch zur Verfügung stehende zu benutzen. Im ersten Punkte der Tagesordnung hatte der Kassier Rechnung abzulegen über die Monate Mai, Juni und Juli; die Bücher befanden sich in guter Ordnung. Dann wurde eine aus fünf Personen bestehende Kommission für die Statistik gewählt, eine weitere Besprechung der Angelegenheit jedoch bis zur nächsten Versammlung verschoben. Ferner wurde einstimmig beschlossen, einen Ertragsbeitrag von 25 M pro Mitglied zu erheben. Unter „Verschiedenes“ wurden zwei Mitglieder neu aufgenommen, dagegen acht gestrichen, welche seit Gründung unseres Vereins noch keinen Beitrag geleistet hatten. Unsere Vereinsverhandlungen finden fortan im Lokale der Wwe. Kotterscheidt, Neustraße, statt. Abkommenerklärungen für den „Grundstein“ nimmt Kollege A. Schlotter entgegen.

Trier. Am 31. August fand hier eine öffentliche Maurer-Versammlung unter der Leitung des Kollegen Mergler statt; in welcher der Vorsitzende zunächst über die Wichtigkeit der Agitation einer längeren Vortrag hielt. Dann wurde eine aus sechs Personen bestehende Kommission gewählt, welche als Hauptaufgabe die Ausführung der Agitation im Orte und der Umgegend, sowie die Aufnahme der Statistik zugewiesen erhielt. Hierauf machte der Vorsitzende den Anwesenden bekannt, daß in Betreff des Unterstützungsfonds die Gelder Sonntags und Sonntags Morgen im Vereinslokale gegen Eintrittsmarken erhoben werden. Dann bemängelte er das Solidaritätsgesetz der ortsanwesenden Maurer, indem der Kollege Ditto Scherer als gemäßregelter Maurer, Vater von 7 Kindern, schon seit zwei Monat gezwungen ist, die Stadt zu verlassen, um sein Brot anderwärts zu verdienen. Dieses dürfte in einer guten Organisation nicht vorkommen. Ebenso, sohe es mit ihm (Redner) selbst, da er schon mehrere Tage habe feiern müssen, weil er keine Arbeit bekomme. Auch der folgende Redner, Kollege Hohl in Saarbrücken, tadelte die Theilnahmlosigkeit der Maurer von Trier. Redner erklärte das ganze hiesige Vereinswesen für ohnmächtig und empfahl die Gründung eines allgemeinen Gewerkschaftsvereins, der, ähnlich dem Reichsbundvereiner im Saargebiet, welcher zur Zeit 26 000 Mitglieder zählt, sämtliche Arbeiterkategorien umfaßt. Abwärts erfolgte Schluß der Versammlung.

Neumünster. Am 4. September fand hier selbst im Vereinslokale eine Mitglieder-Versammlung des Lokalvereins der Maurer Neumünsters und Umgegend statt. Nachdem die Aufnahme neuer Mitglieder, sowie die Erhebung der monatlichen Beiträge erfolgt war, kam es bei der Frage, wie die sich vor den freiwilligen Sammlungen „drückenden“ Kollegen am besten zu der Befestigung an diesen heranzuziehen seien, zu recht verschiedenen Meinungsäußerungen und stellte Kollege F. Schröder den Antrag, die Mitgliederarten bei den monatlichen Versammlungen durch zwei Mitglieder revidieren zu lassen, da, dann die faulen Häuser leicht zu ermitteln seien. Dieser Antrag wurde trotz energischer Bekämpfung seitens des Kollegen Hölpe angenommen. Dann legte Kollege Hill in längerer Rede die Notwendigkeit der Statistik klar und ersuchte Redner die Versammlung, dieser Angelegenheit mehr Interesse als bisher zu widmen. Nach Erledigung verschiedener unbedeutender Angelegenheiten wurde sodann zu dem Aufhänge des Gruppenbibes der Kongress-Delegierten geschritten, wozu einige Fass Bier bewilligt wurden. Nach Zubereitung eines fräftigen Hochs auf die betreffenden Herren wurde dann die Part beschickte Versammlung geschlossen.

Leipzig. Am 2. September fand hier die erste Mitglieder-Versammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Leipzigs und Umgegend“ statt. Der Vorsitzende machte zunächst die leider sehr schwach besuchte Versammlung darauf aufmerksam, daß nur diejenigen Kollegen, welche das 21. Lebensjahr überschritten haben, Mitglieder des Vereins werden können. Nachdem sich dann der größte Teil der Anwesenden in die Mitgliederliste hatte einzutragen lassen, wurde die Vorlage der Geschäftsordnung beraten und einstimmig angenommen. Ueber „Zweck und Ziele des Vereins“ referierte hierauf Kollege F. a. o. b. indem er auf den Nutzen eines geregelten Arbeitsnachweises, einer geregelten Wanderunterstützung, einer genauen Statistik und einer gebihreren Bibliothek hinwies. Dann wurden vier Kontrollfore gewählt. Ferner wurde der Schriftföhrer beauftragt, die Versammlungsberichte im „Grundstein“ bekannt zu geben, sowie die Tagesordnung für jede Versammlung am Sonntag vorher im „Grundstein“ und am Montag im „Wähler“ zu annonozieren, während der Vorstand den Auftrag erhielt, eine Vorlage, betreffs Wanderunterstützung auszuarbeiten, sowie in der nächsten Mitglieder-Versammlung einen Vortrag halten zu lassen. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, fräftig für den Verein zu agitieren.

Baugewerker.

Neuzelle. Am Sonntag, den 31. August, Nachmittags 3 Uhr, tagte hier eine öffentliche Baugewerker-Versammlung, in welcher Kollege Kerstan aus Berlin einen lehrreichen Vortrag über den Werth der Gewerkschaftsbewegung hielt, der mit allgemeinem Beifall aufgenommen wurde. An der Diskussion betheiligte sich u. A. Pastor Schmidt und es wurden seine Ausführungen vom Referenten gebührend widerlegt. Nachdem Redner noch über den Werth der Arbeiterpresse und der Statistik gesprochen hatte, wurden zwei Vertrauensmänner für den Generalfonds gewählt. Abdann wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung geschlossen.

Waldenburg. In Waldaufer tagte am 31. August eine Versammlung des Waldaufer Baugewerker-Vereins, welche von 70 Personen besucht war. Herr

Paul aus Gannoder hielt in dieser Versammlung einen Vortrag über den Werth der Organisation und über die Bedeutung der Fachpresse. Sodann erläuterte Redner die Bestimmungen des Unfallversicherungs-gesetzes, wobei er besonders auf die Unfallversicherungs-Vorrichtungen hinwies. Die Versammlung sollte dem Herrn reichen Beifall, worauf der Vorsitzende den Wunsch ausdrückte, daß solche belehrende Vorträge öfter am Orte gehalten werden möchten.

Memel. Am 18. August fand hier im Vereinslokale eine öffentliche Baugewerker-Versammlung statt unter dem Vorsitz des Kollegen Anuscheit. Zur Tagesordnung sprach Kollege Peter aus Königsberg über die Gewerkschaftsorganisation und deren Werth, wobei er die Anwesenden zum Festhalten an der bestehenden Organisation ermahnte. Sodann beauftragte Kollege Heinrich die seitens der Zimung aufgestellte Forderung des Befähigungsnachweises, worüber sich eine rege Diskussion entwickelte. Zum Schluß empfahl der Referent den Anwesenden das Abonnement auf den „Grundstein“. Mit einem Hoch auf die gesamte Maurer-Schaft Deutschlands schloß hierauf der Vorsitzende die Versammlung.

Burg b. Magdeburg. Unter dem Vorsitz der Herren Lange, Hübau und Dronowski fand im „Schützenhause“ am 5. September eine öffentliche Baugewerker-Versammlung statt, in welcher Herr Stantig aus Hamburg über die Gewerkschaftsbewegung referierte. Redner erwähnte u. A., daß den Arbeitern das Realisationsrecht im Jahre 1869 gegeben worden sei und es das Bestreben jedes Einzelnen sein müsse, auch den richtigen Gebrauch davon zu machen. Die Unternehmer schalten und walten über die Arbeiter, als ob letztere ihr persönliches Eigentum seien und deshalb sei es notwendig, daß die Arbeiter allwärts sich in Vorkommnissen vereinigen, zusammenzuschließen, um mit vereinten Kräften für ihre Rechte einzutreten, umso mehr, als es sich in diesem Jahre gezeigt habe, daß das Kapital den Unternehmern zur Unterdrückung der Arbeiter vollständig zur Seite stehe. Die Zimung allein müsse den Arbeitern gegenüber unterliegen. Aus der schwach besuchten Versammlung meldeten sich nach Schluß des Vortrages nur 7 Mann zum Beitritt in einen Fachverein, weshalb beschlossen wurde, die Gründung des Vereins auf eine demnächst abzuhaltende Versammlung zu vertagen. Zum Schluß referierte der Referent noch über den Kongress zur Erfurt, sowie über die Altersversicherung der Arbeiter. Auch empfahl derselbe das fleißige Lesen des „Grundstein“.

Erfurt. Am 1. September fand im „Alten Schwan“ eine öffentliche Baugewerker-Versammlung statt. In das Bureau wurden gewählt die Herren Schuchardt, Hartig und Stodhaus. Troßdem die Versammlung schwach besucht war, wußte der Referent, Herr Eckstein, doch die Anwesenden zu fesseln durch seine ausführliche Rede über gewerkschaftliche Organisation. Ferner theilte Redner verschiedene Epochen aus dem Hamburger Streik mit, wo die Kollegen bloß einen Bau anzuschauen brauchten, um verfaßt und photographirt zu werden, bei welcher Gelegenheit er überzeugend nachwies, daß die frühere Furcht der heutigen Produktionsverhältnissen nicht mehr entspreche. Zum Schluß legte der Referent den Anwesenden an's Herz, sich möglichst zu organisieren und keinen Schritt zurück, sondern immer vorwärts zu gehen, da es nur vereint den Arbeitern möglich sei, sich eine bessere Existenz zu verschaffen. Herr Krantz aus Silberrode sprach in treffenden Worten das Wohnungsleben und bewies, daß die Maurer und Zimmerer jetzt verhältnismäßig billiger arbeiten, als vor 20 Jahren. Wenn ein Bürgermeister Gehaltserhöhung verlange, so würde dieselbe in der ersten besten Stadtverordnetenversammlung genehmigt, verlange ein Arbeiter aber eine noch so geringe Lohnzulage, dann werde lamentirt über die Begehrlichkeit der Arbeiter. Zum Schluß empfahl der Vorsitzende den Anwesenden das Abonnement sowie die Verbreitung des „Grundstein“.

Angermünde. Am Montag, den 1. September, tagte hier eine öffentliche Baugewerker-Versammlung, in welcher Kollege Kerstan aus Berlin einen Vortrag über den Werth der Gewerkschaftsorganisation hielt, welcher mit großem Beifall aufgenommen wurde. Die Versammlung beschloß, einen Baugewerker-Verein zu gründen und wählte sofort eine Statutenberathungskommission, sowie einen provisorischen Vorstand. Nachdem der Referent dann noch über den Werth der statistischen Erhebungen und des Fachorgans gesprochen hatte, schloß der Vorsitzende mit einem dreimaligen Hoch auf die Organisation die Versammlung; 22 Mann traten sofort dem Vereine bei.

Gerichts-Chronik.

* Ein Nachspiel des letzten Streits der Rostocker Baugewerker fand am 27. August vor dem dortigen Schöffengerichte statt. Es hatten sich die Maurer Ludwig A., Eduard B. und Emil C., sowie die Zimmerleute Ludwig D. und Carl E. wegen Vergehens gegen die §§ 223 A. und 185 des St. G. B. zu verantworten. Sie sollen am 17. Juni d. J. gemeinschaftlich einen Genossen durch Stoßen, Treten und Schlagen mit der Faust vorföhlich körperlich mißhandelt und durch die Benennung „Streikbrecher“ beleidigt haben. Zwei von ihnen sollen außerdem an demselben Tage den Maurerregellen J. durch Anspucken und Auspucken, sowie durch verschiedene grobe Schimpfworte beleidigt haben. Es werden eine große Anzahl Zeugen vernommen, die aber meistens für die Angeklagten Belastendes nicht aussagen können, so daß das Verdict auf Freisprechung erlief.

* Eine leichtfertige Verdächtigung eines Mitglieds des Streikkomites bildete den Gegenstand einer Privatlage, welche am 4. d. M. vor dem Berliner Schöffengericht verhandelt wurde. Der Maurer Wilhelm Schöffer hatte im Mai d. J. in der Baubude zu Kollegen geäußert, er gebe nichts mehr für den Generalfonds, da sich der Maurer Silbermacher als Komitimitglied im vorigen Jahre vor den eingesammelten

Gebien einen Anzug angekauft habe. So wenigstens wurde dem Sinne nach seine Verurteilung durch Zeugen festgestellt...

Verbots-Chronik.

Sonderbare Praktiken sind es, über die wir in Folgendem zu berichten haben: In Wilhelmshurg a. C., welches mit zum Belagerungsbezirk Harburg gehört...

Am Grund der allerhöchsten Verordnung vom 11. März 1850 wird hierdurch bezeugt, daß die Abhaltung einer Verbandsversammlung des Verbands der Maurer am 29. August, Abends 8 Uhr...

Da müssen wir uns zunächst die Frage erlauben: Wie kommt der Landrath in Harburg dazu, die Besetzung einer Versammlung anzustellen...

Am gestrigen Tage haben Sie bei mir die Ausstellung einer Bescheinigung über die Anmeldung einer Versammlung...

Eine solche Bescheinigung ist von Ihnen nicht erbeten und hatte ich keine Veranlassung sie zu erteilen.

Das ist doch wunderbar! Erst bezeugt der Herr Landrath eine Versammlung, welche vom Ortsvorsteher zu Wilhelmshurg hätte bezeugt werden müssen...

Der Einberufer begab sich nach Empfang des landrätlichen Schreibens sofort zum Herrn Ortsvorsteher, um die Genehmigung zu erwirken.

Unfall-Statistik.

Die Norddeutsche Bauergewerks-Berufsgenossenschaft hatte im I. Quartal d. J. 654 Unfall-Anmeldungen zu verzeichnen...

Table with columns: Sektion, Tod, Erwerbsunfähigkeit (über 13 Wochen, unter 13 Wochen), Summa.

Also auch hier wieder hat die Berufsgenossenschaft nur für etwa den fünften Theil aller Unfälle einzustehen.

Abrechnung vom Ausfluß der Maurer Wandbuchs 1890.

Einnahme. Von der Geschäftsleitung der deutschen Maurer M. 4100.— Vom Fachverein der Maurer Wandbuchs... 718.45...

Ausgabe. Für Unterstützung der hiesigen Arbeitslosen Kollegen in 14 Wochen... 7196.46...

Bilanz. Einnahme... M. 8812.84 Ausgabe... M. 8554.31...

Die Kommission. J. W. Westmann. Neubirt und für richtig befunden die Revisoren: S. Berner, C. Schmidt.

Briefkasten.

Kiel, B. Freundlichste Dank. Münster, S. Stimmt Alles in Ordnung. Erfurt, S. Wie oft sollten wir denn wiederholen...

Anzeigen.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinhauser, Gipsler (Weißbinder) und Stinkfateure Deutschlands. (Eingetr. Hülfskasse Nr. 7. Sitz: Altona.)

Fachverein der Maurer in Kiel. Mitgliederversammlung am Donnerstag, den 18. September, Abends 8 Uhr, im Englischen Garten.

Aufforderung.

Die Kollegen allerorts werden hiermit höflichst ersucht, die Maurer: Joseph Röther, Ludwig Röhrig, Friedrich Schack und Wilhelm Mattern...

Fachverein der Maurer Lübeds. Mitgliederversammlung am Mittwoch, den 17. September d. J., Abends 8 1/2 Uhr präzis, im "Berliner Hof".

Fachverein der Maurer Dresden's u. Umgegend. Mittwoch, den 17. September 1890: Drittes Stiftungsfest im "Erianon".

Berein zur Wahrung der Interessen der Maurer von Leipzig und Umgegend.

Dienstag, den 16. September 1890, Abends 8 Uhr: Vereinsversammlung im "Panttheon". Tagesordnung: 1. Bericht über das Unfallversicherungsgesetz...

Zur Beachtung.

Diejenigen hiesigen Abonnenten des "Grundstein", welche noch den Betrag für das zweite und dritte Quartal d. J. schulden...

Abonnements-Quittung.

Für das vierte Quartal 1889: Duisburg, S., (Rest) M. 18.80. Für das erste Quartal 1890: Duisburg, S., (1. Rate) M. 25.55.

Der Deutsche Handwerker- und Arbeiter-Notiz-Kalender für das Jahr 1891.

Ist soeben in unserem Verlage erschienen. Der nunmehr seit 13 Jahren von uns herausgegebene Kalender ist auch in diesem Jahre derart ausgestattet...

Quittungs-Marken- u. Kantzschstempel-Fabrik von Jean Holze, Hamburg.

empfehlte sich allen Krankenkassen und Arbeitervereinen. Seit zwölf Jahren Vorkantzschstempel bestehender Zentral-Krankenkassen...

Der Neue Welt-Kalender für das Jahr 1891.

ist erschienen und zu beziehen durch J. S. W. Diez, Hamburg, Große Theaterstraße 44. Druck von J. S. W. Diez, Hamburg.